

## Panorama Nr. 732 vom 14.10.2010

### Überflüssige Gesetze: Wie Politiker Sicherheit vorgaukeln

Anmoderation

Anja Reschke:

„Die Bundesregierung will unsere Polizisten besser vor Gewalt schützen. Das ist sehr löblich, denn Angriffe gegen Einsatzbeamte haben massiv zugenommen. Zu beobachten etwa bei den Maidemonstrationen in Berlin oder den Krawallen in der Hamburger Schanze. So geht's nicht weiter hat sich das Kabinett gedacht und deshalb gestern beschlossen: Die Höchststrafe für „Widerstandshandlungen“ gegen die Polizei soll von zwei auf drei Jahre heraufgesetzt werden. Das wird radikale Krawallbrüder beeindrucken! Da traut sich keiner mehr. Also ganz ehrlich, liebe Regierung, gut gemeint, aber irgendwie hat das was von reiner Symbolpolitik, die gar nichts bewirkt. Und davon haben wir eigentlich schon genug, wie Johannes Edelhoff, Sonia Mayr und Jon Mendrala herausgefunden haben.“

Das hier ist übrigens Deutschlands Innenminister: Thomas de Maizière. Lange hat man ihn kaum bemerkt. Doch jetzt wird er aktiv im Kampf gegen Verbrecher und Terroristen. Er drängt auf ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung. Sonst könne das BKA nicht mehr für Sicherheit garantieren.

O-Ton

Thomas de Maizière, CDU

Bundesinnenminister:

„Jetzt können wir beweisen, dass es eine Schutzlücke gibt und deswegen werde ich drängend dafür, dass wir zügig zu einer Neuregelung kommen.“

Die neue Schutzlücke. Um die zu schließen will de Maizière Telefon- und Internetdaten jedes einzelnen Bürgers speichern lassen. Monatelang.

So könnte etwa das BKA darauf zugreifen und mehr Verbrecher fassen, glaubt de Maizière. Sein vermeintlicher Beweis: Eine BKA-Liste mit schweren Straftaten. Darin Beispiele wie: Bombendrohungen, sexueller Missbrauch, Mord. Jedes dieser Verbrechen hätte man durch die Vorratsdatenspeicherung aufklären können - das verbreitet jedenfalls der Innenminister.

O-Ton

Prof. Thomas Hoeren,

Rechtswissenschaftler:

„Die BKA-Liste ist das unseriöseste, was man sich vorstellen kann. Der Punkt ist - hätte, hätte, hätte ist kein wissenschaftliches Argument, ob man etwas aufgeklärt hätte, wenn man die Telefondaten, oder Ähnliches gehabt hätte, das weiß man ja gar nicht. Das hängt von vielen Faktoren ab, ob man irgendetwas aufgeklärt hätte.“

Als Experte hat Thomas Hoeren für Bundestagsfraktionen Gesetze geprüft. Und einen simplen Mechanismus entdeckt. Kaum ist eine neue Bedrohung da, profilieren sich Politiker mit neuen Gesetzen.

So etwa bei der Online-Durchsuchung.

Die Terrorgefahr im Internet. Eine typisches Beispiel für Populismus und schnelle Gesetze. Sicher, Terroristen vernetzen sich übers Internet. Rekrutieren so neue Gotteskrieger und speichern Anschlagpläne auf ihren Rechnern.

Das alles könne man ganz einfach bekämpfen. So präsentierte Wolfgang Schäuble 2007 die Online-Durchsuchung. Damit könnten BKA-Beamte Computer von Terroristen ausspionieren und durchsuchen – so wie eine Wohnung.

O-Töne:

Wolfgang Schäuble, CDU

Bundesinnenminister (2007):

„Terroristen nutzen die sich schnell ändernden technischen Möglichkeiten. Und die Sicherheitsbehörden müssen das auch können.“

Volker Bouffier, CDU

Innenminister Hessen (2007)

„Wir glauben, das will ich auch sehr deutlich sagen, dass wir dafür nicht mehr sehr viel Zeit haben werden.“

Drei Jahre später die Fakten: Bis heute wurde keine einzige Online-Durchsuchung durchgeführt, noch nicht einmal beantragt. Dazu will Innenminister de Maizière vor der Kamera nichts sagen. Schriftlich teilt er uns mit, er wolle an dem Gesetz festhalten. So wie sein Unionskollege Uhl.

O-Töne

Panorama:

„Drei Jahre sind fast vergangen. Es wurde kein einziges Mal eingesetzt. Das ist doch nicht sofort und es ist auch nicht dringend.“

Hans-Peter Uhl,

Innenpolitischer Sprecher CDU/CSU:

„Ich sage noch einmal: Wir brauchen die Aufdeckung der Kommunikation des Terrors sofort. Es ist dringend. Und wenn das Gesetz zur Aufdeckung nicht das Instrument herbeigebracht hat, dann müssen wir das Gesetz ändern, aber die Lage hat sich nicht verändert.“

Statt ein offenbar überflüssiges Gesetz abzuschaffen, will Uhl das Gegenteil. Das Gesetz verschärfen. Vielleicht findet sich dann jemand, bei dem man auf dem Computer rumspionieren kann. Probieren kann man's ja mal.

O-Ton

Prof. Ulrich Karpen,  
Verfassungsrechtler:

„Ein Teil der Gesetze, die im Schnellschuss dann im Bundestag oder auch in den Landtagen verabschiedet werden, sind so genannte Schaufenstergesetze. Gesetze, die gut aussehen, die zeigen, dass der Gesetzgeber reagieren kann und auch rasch reagieren kann.“

Das Graffiti-Bekämpfungsgesetz.

Noch so ein Schnellschuss: Diesmal gegen Sprayer. Vor 5 Jahren waren sie auf einmal die frisch entdeckten Staatsfeinde. Sogar mit Hubschraubern und Wärmebildkameras jagte Innenminister Schily die Vandalen. Graffiti-sprayer waren plötzlich Tagesgespräch auf allen Kanälen. Selbst bei Harald Schmidt.

O-Ton

Harald Schmidt (2005)

„Das war Schily, ich hab's gesehen. Auf der Jagd nach dem Sprayer. Mit Hubschrauber.“

Und wieder hatten die Politiker eine einfache Lösung parat. Das Graffiti-Bekämpfungsgesetz. Sprayer sollten leichter bestraft werden. So werde man die Schmiererei schon in den Griff kriegen.

O-Ton

Alfred Hartenbach, SPD

Staatssekretär Justizministerium (2005):

„Dabei ist Graffiti kein Kavaliersdelikt. Und es ist wirklich, es ist wirklich wichtig, dass wir mit allen zur Gebote stehenden Mitteln hier gegen vorgehen.“

Damals ein tolle Show, doch die Fakten heute sind ernüchternd: In manchen Bundesländern wie der Graffiti-Hochburg Hamburg ist die Zahl der Straftaten seit Einführung des Gesetzes im Jahr 2005 in die Höhe geschnellt. Das kritisiert auch die Deutsche Polizeigewerkschaft.

O-Ton

Joachim Lenders,  
Deutsche Polizeigewerkschaft:

„Die Zahlen belegen ja, dass die Gesetzesverschärfung keinen Sinn macht, wenn man das Ziel erreichen wollte, Täter abzuschrecken und die Straftaten zu minimieren.“

Die Netzsperrern.

Gegen Kinderpornografie im Internet zu kämpfen, das kommt gut an beim Wähler. Und so entstand offenbar die Idee den Zugang zu solchen Webseiten zu behindern.

Natürlich per Gesetz.

Mit einem Stoppschild gegen Kinderpornos.

So wollte Ursula von der Leyen – damals noch Familienministerin - gegen Pädophile antreten. So genannte Netzsperrern sollten den Zugang zu Fotos und Videos blockieren.

O-Töne:

Ursula von der Leyen, CDU

Bundesfamilienministerin (2009):

„Wir wollen nicht länger tolerieren, dass die Vergewaltigung von Kindern massenhaft im Internet in Deutschland abrufbar ist und deshalb die Sperrung dieser Seiten einleiten.“

Prof. Thomas Hoeren,

Rechtswissenschaftler:

„Die Sperrungen, die angedacht waren, hätte meine Tochter in ihrem Alter von 12 Jahren binnen 10 Sekunden umgehen können. Was bringt es – das ist wieder symbolische Gesetzgebung – was bringt es so einen symbolischen Akt mit gigantischem Aufwand in ein Gesetz zu pressen? Nichts.“

Kein Problem für von der Leyen, denn Kinderschutz im Wahlkampf - damit lässt sich punkten. Nur die Opfer wurden offenbar nie gefragt.

O-Ton

Christian Bahls,

Verein Missbrauchsopfer gegen Internetsperren:

„Was hier passiert ist eine Symbolpolitik. Und für diese Symbolpolitik werden eben Missbrauchsbedroffene ein zweites Mal missbraucht, nämlich so als Gallionsfiguren im Kampf gegen Kinderpornographie im Internet und das ist eigentlich eine ziemlich schlimme Sache.“

Dennoch – das Gesetz wird verabschiedet. Allerdings kommt es nie zum Einsatz. Denn nach der Wahl entscheidet die neue Regierung, das Gesetz sofort zu stoppen. Es ist offenbar wirkungslos.

Dann ein überraschendes Eingeständnis von Wolfgang Schäuble. Auf einem CDU-Kongress räumt er ein: "Das Gesetz zum Schutz vor Kinderpornografie sei im Endspurt des Wahlkampfes auch deshalb entstanden, um die CDU gegenüber anderen Parteien abzusetzen."

Selten sind Politiker so ehrlich.

Das Fatale an diesen Schaufenstergesetzen: Politiker benutzen heikle Themen, um sich selbst zu profilieren. Die eigene Popularität oft wichtiger als echte Lösungen.

O-Ton

Prof. Ulrich Karpen,

Verfassungsrechtler:

„Politiker machen das, weil sie zeigen wollen, dass sie nah am Volk sind und oft ist es eben nicht möglich, Probleme die lange entstanden sind mit einem Gesetzesstrich zu lösen, wenn man das verspricht, streut man den Betroffenen Sand in die Augen.“

Bericht: Sonia Mayr, Nikolas Müller, Johannes Edelhoff, Jon Mendrala

Schnitt: Ute Özergin, Kay Ehrich